

Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland

Starke Reduktion der arbeitsmarktbedingten Ungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen

Joachim R. Frick
Jan Goebel
Markus M. Grabka
Peter Krause
Andrea Schäfer
Ingrid Tucci
Gert G. Wagner

Kontakt:
pkrause@diw.de

Seit dem Jahr 2000 ist in Deutschland ein neuerlicher Anstieg sowohl der Ungleichheit der Einkommen als auch der relativen Einkommensarmut zu beobachten. Dies geht übereinstimmend aus Berichten hervor, die in jüngster Zeit auf Grundlage unterschiedlicher Einkommenskonzepte und Datenquellen veröffentlicht wurden.¹ Viele der Einzelergebnisse basieren auf Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Bei einer Vertiefung² und Gesamtbetrachtung dieser Ergebnisse können noch weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Zunahme von Ungleichheit und Armut seit Mitte der 80er Jahre keineswegs linear – im Sinne eines säkularen Trends in Richtung stetig steigender Ungleichheit – verlief. Vielmehr lassen sich im Gleichklang mit der konjunkturellen Entwicklung und insbesondere der Entwicklung der Arbeitslosigkeit Phasen zu- und auch abnehmender Ungleichheit beobachten. Im Zuge einer sinkenden Arbeitslosigkeit dürfte auch wieder mit abnehmender Ungleichheit und weniger Armut zu rechnen sein. Freilich funktioniert das sozialstaatliche Transfer- und Umverteilungssystem in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nach wie vor. So ist die Reduktion der Ungleichheit von am Markt erzielten Einkommen weiterhin hoch, in Ostdeutschland deutlich stärker als in Westdeutschland. Insofern kann von einem weitreichenden Abbau des Sozialstaats nicht die Rede sein.

Aus wohlfahrtsökonomischer Sicht ist im Allgemeinen das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen relevant – daher liegen den folgenden Auswertungen des SOEP überwiegend jahresbezogene Nettoeinkommen der privaten Haushalte zugrunde. Dabei werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle den Haushalt als Ganzes betreffenden Einkommenskomponenten und alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen

¹ Hierzu zählen die Aktualisierung des nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (vgl. Beitrag der Bundesregierung 2003–2005 zur Reduzierung von Armut in Europa), der Datenreport 2004 des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf; eine Aktualisierung der Ergebnisse bis 2003 wird derzeit vorbereitet) und die Vorabveröffentlichung einzelner Ergebnisse aus dem Entwurf zum zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (vgl.: Wer hat, dem wird gegeben. In: DER SPIEGEL, Nr. 49, Dezember 2004).

² Vgl. z. B.: Verteilter Wohlstand. In: Capital, Nr. 20, 2004; Arm und Reich. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Dezember 2004.

1. Bericht

Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland
Seite 59

Kasten 1

Definitionen und Methoden

Im Einzelnen liegen diesem Bericht folgende Definitionen und Variablen zugrunde:

- Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.
- Als einkommensarm gilt, wer unter die Armutsgrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden mithilfe von Pro-Kopf-Bedarfsgewichten vergleichbar gemacht.
- Die Bedarfsgewichte für die Berechnung von Äquivalenzeinkommen entsprechen der neuen OECD-Skala. Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person von 0,5 und jedes Kind von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- Die Einkommen werden zu Preisen von 2000 ausgewiesen. Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre wirksame Kaufkraftunterschiede zu berücksichtigen, werden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst.¹

¹ Die Anpassung der Preisindizes erfolgt wegen der hier verwendeten Vorjahresangaben für das jeweils dem Erhebungsjahr vorausgehende Einkommensjahr.

aufsummiert (Markteinkommen³). Darüber hinaus werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen (die weitgehend aus den Markteinkommen abgeleitet sind) sowie soziale Transfers⁴ berücksichtigt. Schließlich werden mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben die Jahresnettoeinkommen errechnet.⁵

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen unter Verwendung der neuen OECD-Skala in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet; jedes Haushaltsmitglied bekommt das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen⁶ (Kasten 1). Alle Einkommen werden zu Preisen von 2000 ausgewiesen.

Die Auswertungen folgen damit den Empfehlungen des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat,⁷ zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.⁸ Diese Indikatoren sind feste Bestandteile der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa (NAPIncl)⁹; die Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.¹⁰

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf die Entwicklung der Einkommensverteilung für die gesamte Bevölkerung, getrennt nach Ost und West.

³ Kapital- und Erwerbseinkommen, einschließlich privater Transfers und Privatrenten.

⁴ Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, BAföG, Sozialhilfe und Wohngeld.

⁵ Bei den Jahreseinkommen werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt. Fehlende Werte werden geschätzt.

⁶ Damit wird unterstellt, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren.

⁷ Das ECHP (European Community Household Panel) wurde im Jahre 2001 zum letzten Mal erhoben. Seitdem werden vergleichende Indikatoren nicht mehr von Eurostat selbst berechnet, sondern von den nationalen statistischen Ämtern auf Grundlage einer festen Berechnungsvorgabe bereitgestellt. Eurostat: Continuity of Indicators between End-ECHP and Start-SILC. Algorithms to Compute Common Cross-Sectional EU Indicators. Unit D-2: Living Conditions and Social Protection. Luxemburg 2001.

⁸ Die Laeken-Indikatoren wurden im Zusammenhang mit der Erstellung von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa entwickelt und werden inzwischen jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford und New York 2002.

⁹ Für den nationalen Aktionsplan 2003–2005 hat das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) eigene Berechnungen auf Basis der monatsbezogenen Haushaltseinkommen des SOEP erstellt. Zum Vergleich von jahres- und monatsbezogenen Einkommensmessungen vgl. Datenreport 2004, a. a. O.

¹⁰ Die dort vorgenommenen Berechnungen beruhen auf verschiedenen Datenquellen. Auf dem SOEP basierende Auswertungen im Armuts- und Reichtumsbericht gehen ebenfalls vom jahresbezogenen Einkommenskonzept aus. In Erweiterung zum Laeken-Konzept werden hierbei auch Einkommensvorteile bei selbstgenutztem Wohneigentum (imputed rent) berücksichtigt. Zudem gehen bei den Haushaltseinkommen auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sowie fiktive Zuschläge für den geldwerten Vorteil der Beamtenversorgung ein; allerdings werden private Transfers und Privatrenten in diesem Konzept nicht den Markteinkommen zugeschlagen.

Tabelle 1

Haushaltsnettoeinkommen¹ in Deutschland 1985 bis 2003 nach Einkommensquintilen²

	1985 ³	1988 ³	1993	1995	1998	2000	2003
In Euro							
Unterstes Quintil	6 828	7 545	7 625	7 005	7 355	7 991	7 584
Oberstes Quintil	26 577	27 488	29 745	29 773	29 220	31 172	32 812
Insgesamt	14 679	15 717	16 635	16 183	16 297	17 354	17 875
Veränderung von ... bis 2003 in %							
Unterstes Quintil	11,1	0,5	-0,5	8,3	3,1	-5,1	x
Oberstes Quintil	23,5	19,4	10,3	10,2	12,3	5,3	x
Insgesamt	21,8	13,7	7,5	10,5	9,7	3,0	x

1 Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20% der nach der Höhe des Einkommens geordneten Bevölkerung.
3 Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Das DIW Berlin wird in der nächsten Zeit in weiteren Wochenberichten vertieft auf Entwicklungen für Teilgruppen der Bevölkerung eingehen.

das Einkommensniveau kaum noch verändert; das durchschnittliche verfügbare Einkommen verharrt seit 1995 bei etwa 83 % des Westniveaus.

Stand der Angleichung der Einkommen in den neuen Ländern

Die deutsche Vereinigung hat sich nachhaltig in der Verteilung der Einkommen niedergeschlagen. Die neuen Bundesländer hatten unmittelbar nach der Wende ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau und eine weitaus weniger ungleiche Verteilung als die alten Länder zu verzeichnen. Letztere hatten im Boom Ende der 80er Jahre noch Steigerungen der Realeinkommen erfahren, an denen alle Einkommensschichten partizipierten. So stiegen die Einkommen sowohl im untersten als auch im obersten Quintil (Tabelle 1).¹¹ Danach sind indes die Realeinkommenszuwächse der verfügbaren Einkommen in den alten Ländern eher gering ausgefallen.

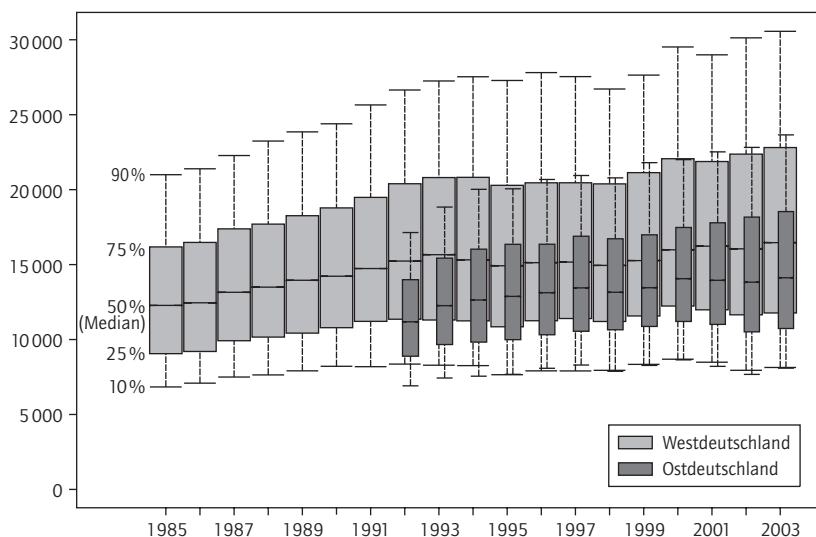
Das Jahr 2003 markiert einen Zeitpunkt mit besonders starkem Realeinkommensrückgang. Die durchschnittlichen Einkommen im untersten Segment hatten hier wieder ein reales Niveau wie zu Ende der 80er Jahre in den alten Ländern; lediglich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre war es kurzfristig niedriger. Die Einkommen im oberen Bereich unterlagen im selben Zeitraum ebenfalls Schwankungen, sind aber insgesamt doch deutlich gestiegen.

In den neuen Ländern hatten die Haushalte in der ersten Hälfte der 90er Jahre zunächst aufgrund hoher Lohnsteigerungen und enormer Transfers aus Westdeutschland sehr hohe reale Einkommenszuwächse, in deren Folge sich der Einkommensabstand zu den alten Ländern deutlich verringerte. In der zweiten Hälfte dieser Dekade hat sich auch hier

Abbildung 1

Verteilung der realen Haushaltsnettoeinkommen¹ anhand von Quantilsgrenzen² 1985 bis 2003

In Euro



1 Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

2 Die Quantilsgrenzen geben die Einkommenschwellen an, die von einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung höchstens erreicht werden. So stellt der Median den Einkommenswert dar, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

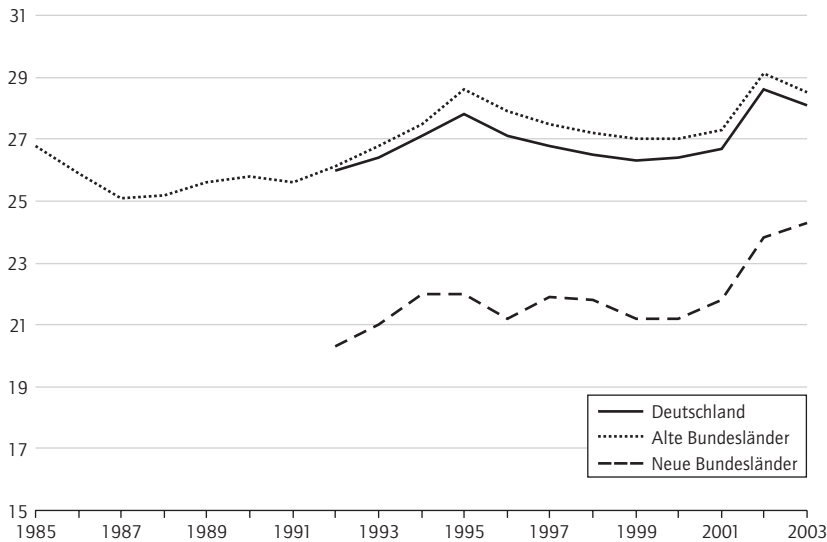
DIW Berlin 2005

11 Im untersten Quintil sind jene 20% der Bevölkerung enthalten, die die niedrigsten Einkommen beziehen, im obersten Quintil entsprechend das Fünftel mit den höchsten Einkommen.

Abbildung 2

Einkommensungleichheit bei Haushaltsnettoeinkommen¹ 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %



¹ Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).

Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

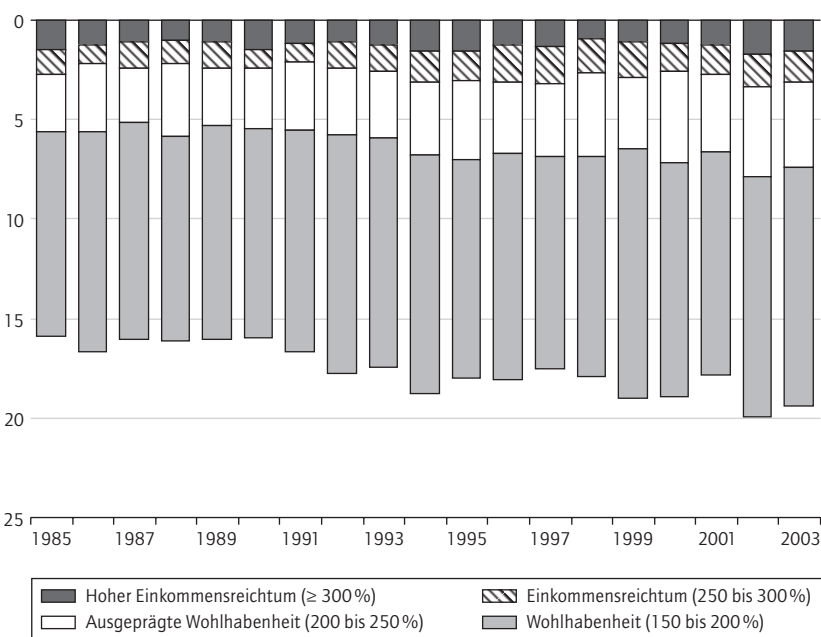
Phasen der Einkommensentwicklung – Niveau und Verteilung

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung verschiedener Kennwerte der Einkommensverteilung dokumentieren. Bei der Darstellung in Abbildung 1 werden Niveau und Verteilung der Realeinkommen gleichzeitig betrachtet. Der Median stellt den Einkommensschwennwert dar, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung im jeweiligen Jahr unter- bzw. überschritten wird. Analog geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die 50% der Bevölkerung mit mittleren Einkommen einschließen. Die äußeren Einkommensschwellen kennzeichnen 80% der Bevölkerung ohne die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10% der Bevölkerung. Die Abbildung zeigt, dass sich seit der Vereinigung die Realeinkommen im untersten Einkommensbereich in den neuen Ländern in wenigen Jahren an jene in den alten Ländern angeglichen haben. Im oberen Einkommenssegment ist der Abstand zum Westen aber immer noch deutlich ausgeprägt, auch wenn sich die Einkommensverteilung in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der 90er Jahre ebenfalls stark gespreizt hat.

Abbildung 3

Anteile der Bevölkerung in Deutschland¹ mit hohem Einkommen² 1985 bis 2003

In %



Die Schwellen der einzelnen Einkommen werden in Prozent des Medians angegeben.

¹ Bis 1991 alte Bundesländer. (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).
² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Damit hat sich aus gesamtdeutscher Sicht die Ungleichheit in der Verteilung der verfügbaren Einkommen erhöht. Eine differenzierte Betrachtung offenbart, dass der Anteil des obersten Quintils am Gesamteinkommen aller privaten Haushalte tendenziell gestiegen, der des untersten Einkommenssegments dagegen gesunken ist; im Jahre 2003 hat er mit 8,5% nach 1995 einen neuen Tiefpunkt erreicht (Tabelle 2). Besonders deutlich ist diese Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Im langfristigen Vergleich zeigen sich jedoch auch deutliche Schwankungen im Einkommensanteil der Quintile. Dabei entwickeln sich die Einkommensanteile im oberen und unteren Einkommensbereich nicht unbedingt gleichförmig. Langfristig vergleichsweise konstant sind die Anteile der mittleren Einkommensbereiche.

Entsprechend sind auch bei der Ungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten¹² – zyklische Verläufe zu beobachten (Abbildung 2). Langfristig zeigt sich so in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – noch in den alten Ländern – zunächst ein Rückgang der Ungleichheit, gefolgt von einer verstärkten Zunahme bis Mitte der 90er Jahre. In der zwei-

¹² Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen in der Bevölkerung. Der Wertebereich dieses Koeffizienten liegt zwischen 0 und 1, wobei niedrigere Werte geringere Ungleichheit ausdrücken.

Tabelle 2

Struktur des Gesamteinkommens¹ 1985 bis 2003 nach Einkommensquintilen²

In %

	1985 ³	1988 ³	1993	1995	1998	2000	2003
Deutschland insgesamt							
Oberstes Quintil	36,2	34,9	35,7	36,7	35,8	35,8	36,6
Mittlere Quintile	54,6	55,5	55,2	54,7	55,2	55,0	54,9
Unterstes Quintil	9,3	9,6	9,2	8,6	9,0	9,2	8,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Neue Bundesländer							
Oberstes Quintil	·	·	31,9	32,6	32,7	32,3	34,1
Mittlere Quintile	·	·	57,2	56,9	56,7	56,7	56,2
Unterstes Quintil	·	·	10,9	10,6	10,7	11,0	9,7
Insgesamt	·	·	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Jedes Quintil umfasst 20% der nach der Höhe des Einkommens geordneten Bevölkerung.
³ Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

ten Hälfte der 90er Jahre kam es zu einem abermaligen Rückgang der Ungleichheit, dem dann wieder ein starker Anstieg nach dem Jahre 2000 folgte. In den neuen Ländern ist die Ungleichheit nach längerer Stagnation in den letzten Jahren ebenfalls deutlich gestiegen, hat jedoch nach wie vor eine geringere Ausprägung als in Westdeutschland.

Wohlhabenheit und Niedrigeinkommen

Bei der Darstellung der langjährigen Entwicklung der Einkommen wurde bereits deutlich, dass sich der Bevölkerungsanteil bei hohen und niedrigen Einkommen zyklisch um einen langfristigen Trend entwickelt hat: So hat sich der Bevölkerungsanteil mit höheren und gehobenen Einkommen (≥ 150% des Medians) gegenüber 1985 von 16% auf knapp 20% erhöht (Abbildung 3). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch im Bereich des Einkommensreichtums (≥ 250% des Medians).

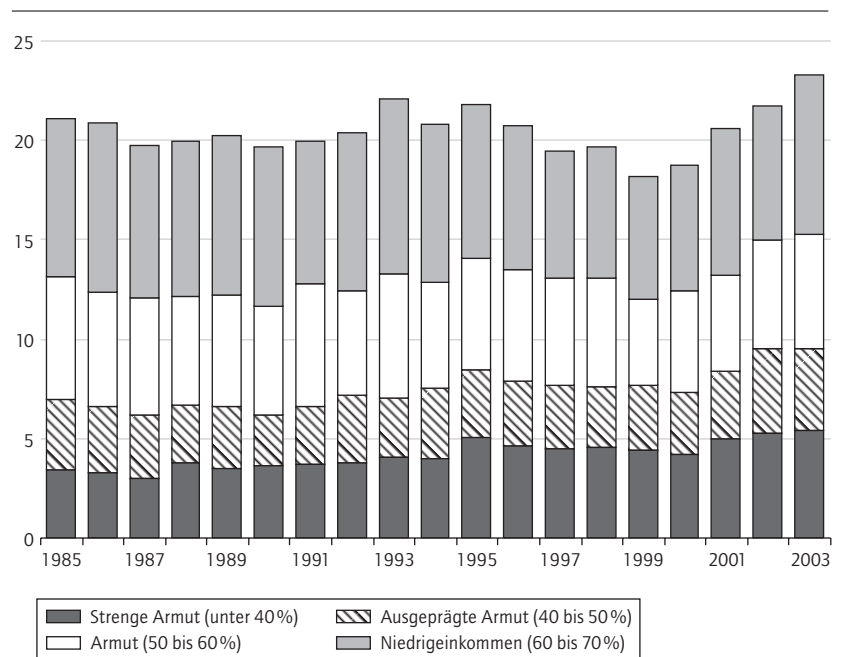
Ein zunehmender Trend ist auch für die Bevölkerung im Niedrigeinkommensbereich zu erkennen (Abbildung 4). So lag der Anteil der in relativer Armut lebenden Bevölkerung (60% des Medians) im Jahre 2003 bei 15,3% im Vergleich zu 13,2% im Jahre 1985.

Dieser Verlauf ist auch bei den Niedrigeinkommensquoten (70% des Medians) zu beobachten. Im Bereich strenger bzw. ausgeprägter Einkommensarmut (40% bzw. 50% des Medians) zeigt sich ungeachtet des ebenfalls zyklischen Verlaufs sogar eine langfristig höhere Zunahme. Bei der sozialpolitischen Würdigung dieser Ergebnisse ist aber zu beachten, dass die Jahr für Jahr als arm er-

Abbildung 4

Anteile der Bevölkerung in Deutschland¹ mit niedrigem Einkommen² 1985 bis 2003

In %



Die Schwellen der einzelnen Einkommen werden in Prozent des Medians angegeben.

¹ Bis 1991 alte Bundesländer. (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).
² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

fasste Population nicht konstant bleibt, sondern selbst einer starken Mobilität unterworfen ist.¹³

¹³ Vgl. Datenreport 2004, a. a. O.

Kasten 2

Weitere Indikatoren zur Armutsmessung und -entwicklung

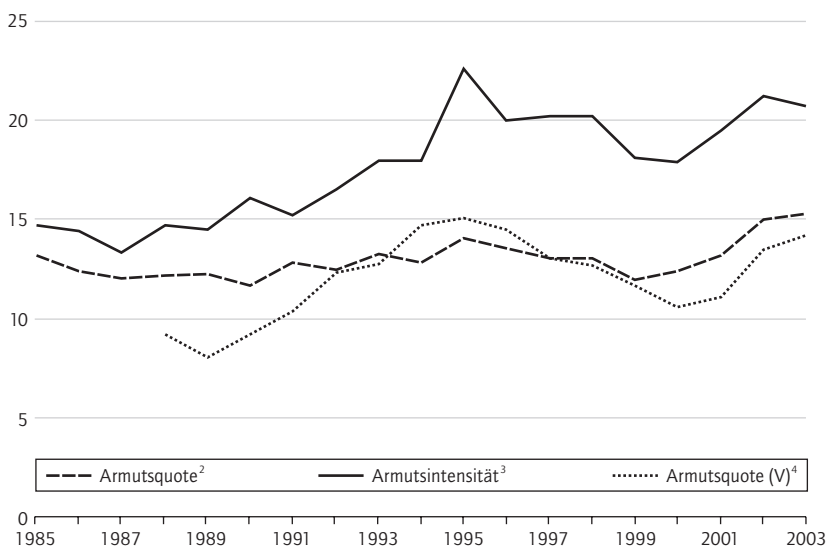
Einkommensarmut zu messen ist nicht einfach, da der alltagssprachliche Begriff „Armut“ alles andere als klar definiert ist. Deswegen hat die Wissenschaft verschiedene Armutskonzepte entwickelt, um möglichst alle Facetten des schillernden Begriffs „Armut“ ausleuchten zu können. An dieser Stelle werden über die in der vorliegenden Untersuchung verwendete Armutsquote hinaus zwei weitere Armutindikatoren und deren Entwicklung für Deutschland dargestellt.

Abbildung

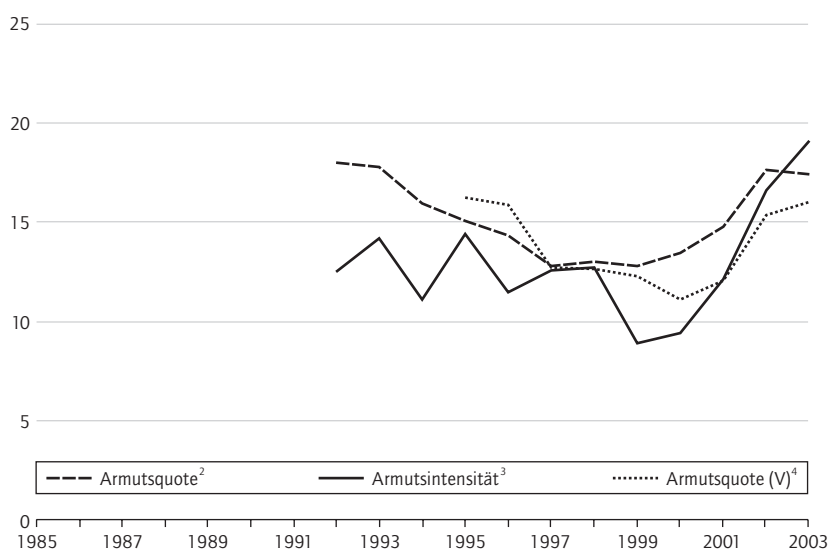
Indikatoren der Einkommensarmut¹

In %

Deutschland 1985 bis 2003 (bis 1991 alte Bundesländer)



Neue Bundesländer 1992 bis 2003



1 Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

2 Bevölkerungsanteil mit weniger als 60 % des gesamtdeutschen Medians im jeweiligen Jahr.

3 FGT (2) * 10. Dieser Index berücksichtigt den Abstand der Einkommen der Armen zur Armutsgrenze.

4 Bevölkerungsanteil mit weniger als 60 % des gesamtdeutschen Medians drei Jahre zuvor.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Die *Armutsquote* misst den Anteil der Personen, deren Einkommen unterhalb der festgelegten Armutsschwelle liegt. Die hier definierte Schwelle orientiert sich am Mittelwert der Einkommen und beträgt konkret 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen¹ für Gesamtdeutschland,² bei sogenannter „strenger Armut“ sind es lediglich 40 % des Medians. Je höher die Schwelle liegt, umso höher ist die berechnete Armutsquote.

Die Armutsquote mit der 60 %-Schwelle ist der erste Primärindikator von insgesamt 18 sogenannten Laeken-Indikatoren, die von der EU im Rahmen der nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut herangezogen werden (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate). Dabei wird die Armutsschwelle für das aktuelle Jahr berechnet. Um konjunkturelle Einflüsse besser sichtbar zu machen, wird bei der hier im Kasten zusätzlich ausgewiesenen Armutsquote der Anteil armer Personen nicht auf der Basis der *aktuellen* 60 %-Schwelle berechnet, sondern auf Basis der drei Jahre *zurückliegenden* Armutsschwelle, wobei sich allerdings dieser Schwelle gemäß der Inflation erhöht.³ Zur sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden diese „versetzt“ berechnete Armutsquote als Armutsquote (V) bezeichnet.

Im Vergleich zur „normalen“ Armutsquote reagiert die so berechnete Größe stärker auf das Wirtschaftswachstum. Bei einer allgemeinen Einkommenssteigerung sinkt also die Armutsquote (V) schneller aufgrund der nur inflationsbedingt angehobenen Armutsschwelle. Umgekehrt steigt die „versetzt“ gemessene Armut stärker, wenn insgesamt ein Realeinkommensverlust eintritt, das Preisniveau also rascher zunimmt als das Nominaleinkommen. Dadurch treten konjunkturelle Einflüsse in der Messung der Armut stärker hervor. Das Verlaufsmuster dieser Armutsquote (V) stimmt langfristig offenkun-

1 Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommensposition von Haushalten verschiedener Größe und Zusammensetzung werden sogenannte Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen berechnet (vgl. Kasten 1: „Definitionen und Methoden“).

2 Um Verteilungseffekte herauszurechnen, die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern ergeben, werden auch regionspezifische Schwellenwerte verwendet.

3 Dieses Maß ist ebenfalls Bestandteil der Laeken-Indizes: Laeken-Indikator 12; ARPRa; At-Risk-of-Poverty Rate Anchored at a Moment in Time.

dig mit der prozentualen Veränderung des preisbereinigten Volkseinkommens und den entsprechenden Schwankungen der Arbeitslosenquote überein (obere Abbildung).

Im Vergleich von Armutsquote und Armutsquote (V) zeigt sich für die neuen Bundesländer erst seit dem Wiederanstieg der Armut Ende der 90er Jahre ein deutlicher Unterschied. Der geringere und etwas spätere Anstieg der Armutsquote (V) deutet zumindest teilweise auf einen konjunkturellen Einfluss beim Anstieg der Armut im Osten hin.

Alle Armutsquoten, die lediglich die Zahl der Personen unterhalb einer Armutsschwelle zählen,⁴ lassen jedoch keine Aussagen darüber zu, wie sehr das Einkommen der Armen von der Armutsschwelle abweicht. Deshalb wird hier zusätzlich das *FGT2-Maß* ausgewiesen, das die sogenannte *Armutintensität* misst.⁵ Bei der Berechnung dieses Maßes werden in Armut lebende Personen umso stärker gewichtet, je weiter ihr Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt.⁶

Im Jahre 2003 lag die Armutsquote bei 15,3 %; in den neuen Ländern waren mit einem Anteil von 17,4 % mehr Menschen von Armut betroffen als in den alten. Allerdings ist in den alten Ländern die Intensität der Armut höher – hier ist offenkundig ein größerer Teil der Armen weiter von der Armutsschwelle entfernt. In den letzten Jahren ist der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung in beiden Landesteilen deutlich gestiegen.

In den neuen Ländern zeigt sich auch für die Armutintensität seit der Vereinigung ein u-förmiger Verlauf (untere Abbildung). Das Ausmaß der relativen Armut ist hier nach der Vereinigung – gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt – infolge der hohen Einkommenszuwächse bis Ende der 90er Jahre deutlich gesunken; die Armutintensität ist innerhalb desselben Zeitraums allerdings weniger deutlich zurückgegangen. Seitdem ist freilich – aufgrund der Langzeitarbeitslosigkeit – eine deutliche Zunahme der Armut in den neuen Ländern zu beobachten. Die Armutintensität liegt seit 2002 auf dem höchsten Niveau seit der Wende und hat damit fast das Westniveau erreicht.

Das gesamtdeutsche Bild ist geprägt durch eine fast durchgängige Zunahme der Armutintensität. Lediglich in den Jahren 1999 und 2000 war hier ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, der jedoch durch den neuerlichen Anstieg infolge der höheren Arbeitslosigkeit mehr als aufgehoben wurde.

⁴ Sie werden deswegen im Englischen als Head-Count Measures bezeichnet.

⁵ Das FGT2-Maß ist nicht Bestandteil der Laeken-Indikatoren.

⁶ Vgl. J. Foster, J. Greer und E. Thorbecke: A Class of Decomposable Poverty Measures. In: *Econometrica*, Bd. 52, Heft 3, 1984, S. 761–766. Das Maß FGT0 entspricht der normalen Armutsquote.

Zur Entwicklung von Armut und ausgewählten Konjunkturindikatoren

Eine 20-Jahres-Betrachtung, die auch mehrere konjunkturelle Auf- und Abwärtsbewegungen umfasst, ist nur für Westdeutschland möglich.¹⁴ Dazu werden neben dem Gini-Koeffizienten als globalem Indikator für die Ungleichheit der Einkommen und der Standard-Armutsquote¹⁵ auch die Arbeitslosenquote und das reale Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung herangezogen. Alle Indizes zeigen übereinstimmend einen deutlich zyklischen Verlauf (Abbildung 5): Der Gini-Koeffizient und die Armutsquote sind bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt und sinkender Arbeitslosigkeit rückläufig; dies war Mitte der 80er Jahre sowie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der Fall. Mit Wachstumsraten nahe oder unter null und steigender Arbeitslosigkeit nehmen auch Ungleichheit und Armut zu; dies betraf die erste Hälfte der 90er Jahre sowie insbesondere die Jahre nach 2000.

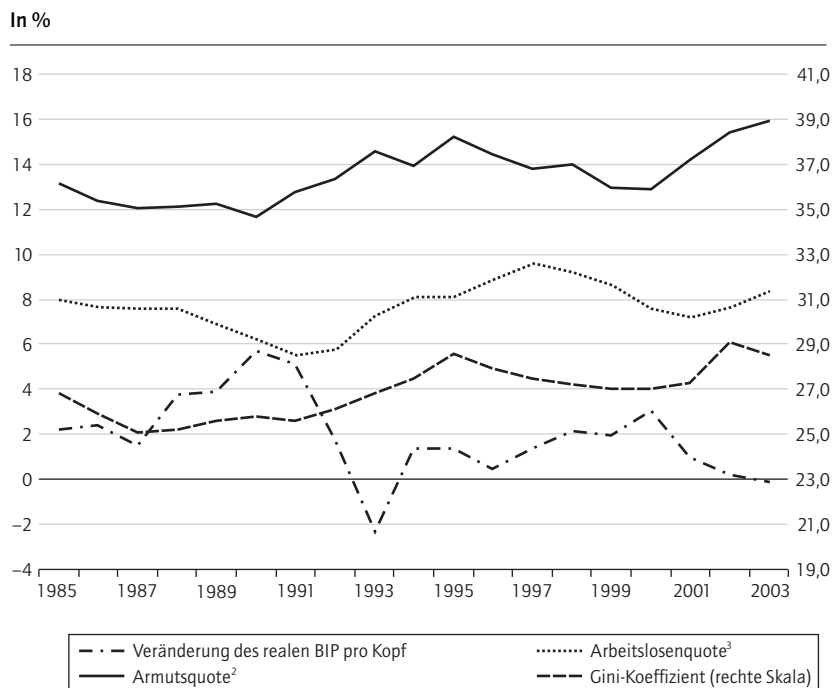
Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Konjunktur einerseits und der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen andererseits ist bei der Arbeitslosigkeit und den Einkommensindikatoren besonders deutlich. Mit der Arbeitslosigkeit werden Erwerbseinkommen durch niedrigere Lohnersatzleistungen oder geringere Fürsorgeleistungen ersetzt. Dadurch steigt automatisch die Ungleichheit. Umgekehrt verliert diese Komponente der Ungleichheit im Aufschwung an Bedeutung, zumal dann auch die Erwerbsbeteiligung steigt.

¹⁴ Seit dem Erhebungsjahr 1995 sind Zuwanderer, insbesondere Ausiedler, im SOEP besser repräsentiert als in den Jahren 1988 bis 1994. Ein kleiner Teil des hier ausgewiesenen Anstiegs der Ungleichheit von 1994 auf 1995 ist auf dieses statistische Artefakt zurückzuführen (vgl. Klaus-Dietrich Bedau, Joachim Frick, Peter Krause und Gert G. Wagner: Zuwanderung vergrößert Einkommensungleichheit und Einkommensarmut geringfügig – Neue Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 50/1996, S. 816–822).

¹⁵ Um vereinigungsbedingte Effekte auf die Armutsentwicklung auszuschließen, wird hier die regionsspezifische Armutsquote ausgewiesen; dabei wird zur Ableitung der Armutsschwelle nicht auf die gesamtdeutsche Verteilung Bezug genommen, sondern nur die Region der alten Bundesländer berücksichtigt.

Abbildung 5

Konjunkturindikatoren und Verteilungsmaße¹ in den alten Bundesländern 1985 bis 2003



¹ Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² 60 % des Medians in den alten Bundesländern.

³ Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesagentur für Arbeit; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Freilich war zum Zeitpunkt der letzten konjunkturellen Hochphase im Jahre 2000 das Ausgangsniveau der Ungleichheit und Armut höher, als dies noch beim ersten Boom im hier betrachteten Zeitraum Ende der 80er Jahre der Fall war, und der Aufschwung fiel nicht kräftig und nachhaltig genug aus, um die Arbeitslosigkeit wieder auf das Niveau Ende der 80er Jahre zu senken. Darüber hinaus haben noch andere Entwicklungen der Markteinkommen – bei gleichzeitig geringem Wachstum – zur Erhöhung der Ungleichheit beigetragen.

Ungleichheit bei den Markteinkommen gestiegen

Aus dem SOEP lassen sich auch die von den Haushaltsmitgliedern am Markt erzielten Bruttoeinkommen ableiten, auf deren Basis durch den Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben sowie durch Addition der gewährten Sozialtransfers das Nettoeinkommen des Haushalts errechnet wird. Ein Vergleich der Verteilung von Markt- und verfügbaren Einkommen illustriert das durch (sozial-)staatliche

Aktivitäten (Abgaben, Sozialversicherungsleistungen und andere Transfers) induzierte Ausmaß an monetärer Umverteilung (Abbildung 6).¹⁶

Aus der langfristigen Betrachtung wird deutlich, dass sich die Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen der privaten Haushalte nach einem Rückgang in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in den alten Ländern seit Beginn der 90er Jahre in Deutschland insgesamt kontinuierlich erhöht hat.¹⁷ Dies kann in geringem Ausmaß auch durch den gestiegenen Anteil von Rentnerhaushalten bedingt sein, deren gesetzliche Renteneinkommen nicht Bestandteil der Markteinkommen sind. Werden daher im Rahmen eines erweiterten Einkommenskonzeptes auch die aus den Erwerbseinkommen abgeleiteten Renten einbezogen, so flacht die Zunahme der Ungleichheit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre etwas ab, hat aber in den letzten Jahren wieder eine stärkere Ausprägung.

Die Ungleichheit der Nettoeinkommen der privaten Haushalte folgt zunächst jener der marktbestimmten Einkommen, und zwar bis Mitte der 90er Jahre. Sie weist dann aber in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine eher rückläufige Entwicklung auf. Mit dem abermaligen Anstieg der Ungleichheit der zugrunde liegenden Markteinkommen in den letzten Jahren hat die Disparität der Nettoeinkommen jedoch ebenfalls wieder zugenommen. Die langfristig steigende Ungleichheit der Nettoeinkommen der privaten Haushalte geht demzufolge einher mit einer ebenfalls langfristigen Erhöhung der Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen.

In den neuen Ländern ist die Ungleichheit der Markteinkommen seit Beginn der 90er Jahre schneller gestiegen als in den alten Ländern (Abbildung 6). Der Gini-Koeffizient der allein am Markt erzielten Bruttoeinkommen ist hier seit Mitte der 90er Jahre höher als in den alten Ländern. Werden beim marktbestimmten Einkommen zudem Rentenleistungen berücksichtigt, so liegen die Werte für die Ungleichheit der Bruttoeinkommen inzwischen in beiden Landesteilen gleichauf. Die daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte sind jedoch, wie bereits erwähnt, in den neuen Ländern nach wie vor weit homogener verteilt als in den alten Ländern. Demzufolge ist der Einfluss der massiven staatlichen Maßnahmen auf die Reduktion von Ungleichheit in den neuen Ländern höher (Tabelle 3).

¹⁶ Die Verteilungsangaben beziehen sich jeweils auf die gesamte Bevölkerung. Das heißt, dass Haushalte ohne Kapital- und Erwerbseinkommen in die Bruttobetrachtung mit Einkommen von null eingehen.
¹⁷ Dies gilt auch für die alten Länder bei regionsspezifischer Betrachtung.

Tabelle 3

Reduktion der Einkommensungleichheit¹ infolge (sozial-)staatlicher Maßnahmen 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %

	1985 ²	1988 ²	1993	1995	1998	2000	2003
Deutschland insgesamt							
Markteinkommen	45,2	42,2	43,4	45,8	47,0	46,9	48,8
Nettoeinkommen	26,8	25,2	26,4	27,8	26,5	26,4	28,1
Reduktion in %	40,7	40,3	39,2	39,3	43,6	43,7	42,4
Neue Bundesländer							
Markteinkommen	·	·	41,1	44,8	47,9	49,6	53,7
Nettoeinkommen	·	·	21,0	22,0	21,8	21,2	24,3
Reduktion in %	·	·	48,9	50,9	54,5	57,3	54,7

¹ Bezugsgröße ist das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung

bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Der staatliche Einfluss hat im Verlauf der ersten Hälfte der 90er Jahre im Vergleich zur zweiten Hälfte der 80er Jahre zunächst etwas nachgelassen, ist aber Ende der 90er Jahre wieder gestiegen. In den neuen Ländern hat sich der staatliche Einfluss auf die Verteilung der Einkommen seit Beginn der 90er Jahre stetig erhöht.¹⁸ Auch wenn sich im letzten hier beobachteten Jahr in beiden Landesteilen ein leichtes Nachlassen staatlicher Umverteilung gezeigt hat, so ist die Wirkung sozialstaatlicher Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit im langjährigen Vergleich nach wie vor groß.

Fazit

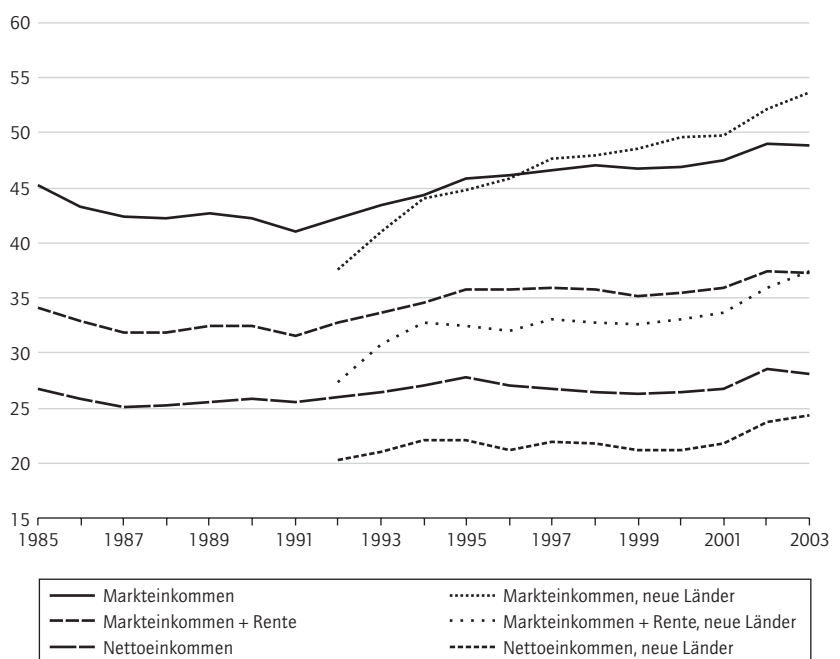
Die Ergebnisse zur langfristigen Entwicklung von Einkommensverteilung und Armut in Deutschland dokumentieren, dass die Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen – vorwiegend bedingt durch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit – durch das nach wie vor funktionierende Transfersystem weitgehend abgefangen wird. Seit Ende der 90er Jahre hat der Umfang der Redistribution mit der steigenden Arbeitslosigkeit auch wieder zugenommen. Insbesondere in den neuen Ländern ist der Einfluss des Sozialstaates auf die Einkommensumverteilung erheblich und international gesehen nahezu ohne Beispiel. Trotzdem können die Folgen steigender Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht völlig kompensiert werden.

Trotz der gegenwärtig starken Inanspruchnahme des Systems der Umverteilung nimmt die Einkommensarmut noch zu. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis kann nicht der Ruf nach weiterer Umverteilung sein; vorrangig müssen sich wirtschafts-

Abbildung 6

Einkommensungleichheit in Deutschland¹ bei Markt- und Nettoeinkommen der privaten Haushalte² 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %



¹ Bis 1991 alte Bundesländer.

(Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

¹⁸ So ist das gesamte Sozialbudget seit 1990 um 259,1 Mrd. Euro auf 685,1 Mrd. Euro im Jahre 2002 gestiegen. Der Anteil des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt hat damit von 28,4 % auf 32,5 % zugenommen und verdeutlicht das hohe Maß an gesamtstaatlicher Umverteilung (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziales: Sozialbudget 2002. Tabelle I-1: Kennziffern des Sozialbudgets, www.bmgs.bund.de/downloads/A230-2002.pdf).

und sozialpolitische Maßnahmen auf die Reduktion von Arbeitslosigkeit als Wurzel des Übels konzentrieren. Ob die jüngsten Reformen auf dem Arbeitsmarkt (insbesondere die Hartz-Gesetze) hier nachhaltig Abhilfe schaffen können, wird sich zei-

gen. Langfristig ist im internationalen Wettbewerb nur *ein* Mittel gegen Armut wirksam: eine bessere Bildung und Ausbildung insbesondere der am wenigsten Qualifizierten und eine sich daraus ergebende Verbesserung der Beschäftigungschancen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 456

An Economic Analysis of Security Policies

Von Tilman Brück

November 2004

Nr. 457

What Causes Cross-Industry Differences of Technical Efficiency? An Empirical Investigation

Von Michael Fritsch und Andreas Stephan

November 2004

Nr. 458

Are Migrants More Skilled than Non-Migrants? Repeat, Return and Same-Employer Migrants

Von Jennifer Hunt

November 2004

Nr. 459

Gewinnen arbeitgeberseitige Entlassungen an Bedeutung?

Von Marcel Erlinghagen

November 2004

Nr. 460

European Labour Mobility: Challenges and Potentials

Von Klaus F. Zimmermann

November 2004

Nr. 461

Productivity and the Natural Rate of Unemployment

Von Jiri Slacalek

Dezember 2004

Nr. 462

Economic, Environmental and International Trade Effects of the EU Directive on Energy Tax Harmonization

Von Michael Kohlhaas, Katja Schumacher, Jochen Diekmann, Dieter Schumacher und Martin Cames

Dezember 2004

Nr. 463

Spillovers from Foreign Firms through Worker Mobility: An Empirical Investigation

Von Holger Görg und Eric Strobl

Dezember 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Druckausgabe und Online-Version für nur 250 Euro im Jahr

Die elektronischen Ausgaben des Wochenberichts des DIW Berlin können Sie seit dem 1. Januar 2005 bequem über ein Online-Bezahlsystem zum Preis von 150 Euro pro Jahr erwerben.

Unseren Abonentinnen und Abonnenten der Druckausgabe des Wochenberichts machen wir ein ganz besonderes Angebot: Zusätzlich zu Ihrem Heftabonnement können Sie für lediglich 70 Euro mehr pro Jahr den elektronischen Wochenbericht lesen; der Preis für beide Jahresabonnements beträgt also nur 250 Euro.

Das Online-Abo bietet Zugriff auf die digitalen Ausgaben (PDF) aller Wochenberichte auf der Homepage des DIW Berlin. Das jeweils aktuelle Heft können Sie somit bereits am Mittwochnachmittag lesen – am Donnerstag liegt Ihnen die gedruckte Version vor.

„Firstgate Internet AG“ ist Partner für den Online-Shop des DIW Berlin:
Nach der kostenlosen Registrierung rufen Sie mithilfe des Bezahlsystems
firstgate click&buy

die Wochenberichte schnell und einfach ab und speichern Sie auf Ihrem PC.

Um das Online-Abo abzuschließen, geben Sie bitte bei Ihrer Internet-Bestellung die Abo-Nummer Ihres Heftabonnements (einschließlich der Nullen am Anfang) in das hierfür vorgesehene Feld ein. Ihre Abo-Nummer können Sie bei unserem Kundenservice erfragen:

Michaela Engelmann
DIW Berlin
Tel. +49 - 30 - 897 89 - 245
E-Mail: mengelmann@diw.de

Der **Wochenbericht des DIW Berlin** im Internet:
www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/

Hinweis auf eine Veranstaltung

DIW Berlin in cooperation with BSE

„The Analogue Switch-Off: Chances and Challenges of Digitizing the CATV Infrastructure“

ITS Workshop
at Berlin School of Economics
3–4 February 2005

For more information on workshop program and registration please see
www.userpage.fu-berlin.de/%7Ejmueller/its/wrkshp/cat/index_cat.htm



Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin